

Positionspapier des Studentischen Konvents

Studentischer Konvent
Turnstraße 7
91054 Erlangen

stuve.fau.de
stuve-konvent@fau.de

20.05.2021

1 **Aktuelle öffentliche und politische Wahrnehmung** 2 **studentischer Interessen**

3 **Einleitung**

4 Das aktuelle Infektionsgeschehen lässt aufgrund fortschreitender Immunisierung großer Bevölke-
5 rungsgruppen durch u.a. Impfungen und sinkende Inzidenzwerte weitreichende Öffnungsdebatten
6 innerhalb der Medien und Politik zu. Die Interessen der Studierenden in der resultierenden
7 Debatte fallen dabei nur insoweit ins Gewicht, dass sie keinerlei Erwähnung finden. Wie seit
8 dem Beginn der Pandemie werden Studierende politisch nicht weiter beachtet. Daher möchten
9 wir auf die missliche Lage hinweisen, in der sich Studierende seit nunmehr einem Jahr befinden.

10 Zunächst handelt es sich bei den Studierenden um eine zahlenmäßig nicht unbeachtliche Gruppe,
11 gibt es doch bundesweit circa 3 Millionen Studierende.¹ Dazu kommen zahlreiche an Universitäten
12 Beschäftigte.

13 Das Studium sollte eigentlich neben einer Phase des Lernens auch eine Phase des Sich-
14 Ausprobierens sein. In dieser Zeit haben junge Menschen die Möglichkeit, sich zu emanzipieren
15 und neue Erfahrungen zu machen. All dies ist seit über einem Jahr kaum mehr möglich.

16 Während viele andere Statusgruppen durch den Staat finanziell unterstützt wurden, wurden
17 Finanzmittel für Studierenden erst sehr spät bereitgestellt. Und auch dann waren sie nicht

¹https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_497_213.html

18 dazu geeignet, den Studierenden eine problemlose Bewältigung der Pandemie zu ermöglichen.
19 Anstatt das BAFöG anzupassen, wurden „Nothilfen“ bereitgestellt, die zum Leben kaum reichten,
20 während man gleichzeitig verschiedenste nahezu unmögliche Voraussetzungen erfüllen musste,
21 um überhaupt eine Förderung beantragen zu können. Alternativ konnten sich Studierende
22 auch dazu entscheiden, einen Kredit aufzunehmen. Dies könnte im schlimmsten Fall jedoch dazu
23 führen, dass Studierende bereits mit hohen Schulden aus dem Studium heraus ins Berufsleben
24 starten. Zeitgleich damit wurden die Ausübung vieler klassischer studentischer Jobs, zum Beispiel
25 in der Gastronomie oder der Veranstaltungsbranche, aufgrund von Schließungen unmöglich.

26 Studierende leiden massiv unter den Einschränkungen, sowohl psychisch als auch physisch. Aus
27 Solidarität mit älteren bzw. gefährdeten Bevölkerungsgruppen, haben sich auch Studierende
28 seit über einem Jahr aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgezogen oder sich stark engagiert
29 und versucht auf unterschiedliche Art und Weise zu unterstützen. Als Beispiel lassen sich hier
30 Medizinstudierende erwähnen, die in Test- und Impfzentren tatkräftig aushelfen. Dennoch wurde
31 diese Statusgruppe in bisherigen politischen Entscheidungen kaum bis gar nicht berücksichtigt.
32 Seit Monaten beschränken Studierende jeglichen Kontakt zu Kommiliton*innen auf den digitalen
33 Weg. Insbesondere Studienanfänger*innen tun sich dabei schwer, unter den Pandemiebedingun-
34 gen Kontakte mit anderen Anfänger*innen zu knüpfen. Für viele Studienanfänger*innen ist der
35 Beginn eines Studiums mit einem Umzug in eine neue Stadt verbunden, in der man niemanden
36 kennt. Das Studium stellt einen Lebensabschnitt dar, in dem man Möglichkeiten haben sollte,
37 Neues zu erkunden und seinen Horizont zu erweitern.

38 Durch die stark einschränkenden Maßnahmen verlieren viele Studierende die Motivation, An-
39 schluss zu finden und isolieren sich umso mehr. Diese Isolation und nur sporadischer Kontakt zu
40 Mitmenschen führen dazu, dass Studierende psychisch stark unter der Pandemie leiden. Diese
41 Zurückhaltung wird Studierenden jedoch nicht etwa gedankt, vielmehr werden sie nun auch
42 auf politischer Ebene allein gelassen. Es bedarf eines Wandels in der Debattenkultur und eine
43 stärkere Berücksichtigung studentischer Interessen, die wir hiermit anregen möchten.

44 **Position**

45 Aufgrund der oben genannten Problematiken stellt die Studierendenvertretung der Friedrich-
46 Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg folgende Forderungen auf:

- 47 1. Als eine signifikante Statusgruppe der Gesellschaft müssen Studierende in öffentlichen
48 und politischen Debatten stärker repräsentiert und berücksichtigt sein. Das bedeutet,
49 dass in politischen Entscheidungen dezidiert auch Studierendeninteressen in Hinsicht
50 auf ihre Ausbildung, Lebenserwerbs, ihrer psychischen und physischen Gesundheit und
51 ihrer Freizeitgestaltung beachtet werden müssen. Dies beinhaltet die Entwicklung von
52 innovativen und pandemiekonformen neuen Konzepten, die sich nicht auf spontanen
53 Notlösungen ausruhen, wie sie zum Anfang der Pandemie zur Sicherung eines Lehr- und
54 Studienbetriebs eingeführt wurden.
- 55 2. Studierende sollten in den Medien neben Schüler*innen gesondert betrachtet und mit
56 größerer Aufmerksamkeit bedacht werden. Eine gründlichere mediale Aufarbeitung der
57 Problematiken, mit denen sich viele Studierende konfrontiert sehen, könnte zwangsläufig
58 zu einer gesteigerten Wahrnehmung im politischen Kontext führen.

- 59 3. Eine Zuordnung von Studierenden zu der Statusgruppe der Arbeitnehmer*innen oder
60 Schüler*innen ist nicht möglich. Sie stellen eine eigene Statusgruppe dar, die spezifische
61 Interessen und Bedürfnisse aufweist und daher gesondert berücksichtigt werden muss.
- 62 4. Da es gute Gründe für spätere Lockerungsmaßnahmen für Studierende geben kann, soll
63 hier keine Kritik an jeglichen Entscheidungen dieser Art geübt werden. Es sollte jedoch
64 bei weiteren Maßnahmen eine Erklärung für eine mögliche Nichtberücksichtigung von
65 Studierenden mitgeliefert werden.